

Protokoll Nr. 11 (2019-2023)

der öffentlichen Sitzung des Fachausschusses „Verkehr“ des Beirats Schwachhausen am 28.04.2021 – als Videokonferenz

Beginn: 18:30 Uhr Ende: 20:40 Uhr

Anwesend waren:

- a) vom Fachausschuss Jörg Findeisen
 Markus Gonther
 Jörg Henschen
 Klaus-Peter Land
 Jörn H. Linnertz
 Johannes Weiler
- b) als beratende Fachausschussmitglieder
 Sandor Herms Herms
- c) vom Ortsamt Sarai Auras
 Henrike Wunsch-Lautebach
- d) Gäste Lena Stein (Bürgerantragstellerin zu TOP 1)
 Franziska und Dr. Oliver Bongartz (Bürgerantragstellende zu TOP 2)

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt.

Das Protokoll Nr. 10 der Sitzung am 03.03.2021 wird genehmigt.

TOP 1: Bürgerantrag: Abbau von zwei Grünpfeilen (VZ 720) in der Gustav-Deetjen-Allee/ Hollerallee und Kulenkampffallee/ Parkallee

Lena Stein stellt ihren Bürgerantrag vor.¹ Ihr Vorschlag bestehe darin, die zwei an den Lichtsignalanlagen angebrachten Grünpfeile in der Gustav-Deetjen-Allee vor der Hollerallee und in der Kulenkampffallee vor der Parkallee abbauen zu lassen. Mit dem Kfz könne nach kurzem Halt abgebogen werden, während sich die Bedarfsampeln noch in der Rotphase befänden, sofern der Weg frei sei. Die Problematik bestehe darin, dass Fußgänger*innen, Rad- und Autofahrer*innen auf der Hauptstraße warten müssten, obwohl kein Auto aus der Nebenstraße komme. Wegen des Grünpfeils seien die Autos längst abgebogen. Frau Auras erläutert, dass, laut des Amtes für Straßen und Verkehr (ASV), keine Gründe aus verkehrstechnischer Sicht für oder gegen die Demontage der Grünpfeile stünden. Der Sinn des Schildes sei die Vermeidung unnötiger Halte, sofern sich Lücken im fließenden Verkehr ergäben. Herr Raschkewitz (Leiter Polizeirevier Schwachhausen) erklärt auf Nachfrage, dass an den besagten Verkehrspunkten kein erhöhtes Unfallaufkommen zu verzeichnen sei. Der Fachausschuss stellt fest, dass Grünpfeile oftmals ein Risiko für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen darstellten und nur Sinn an verkehrsarmen Straßen machten. Herr Raschkewitz teilt diese Auffassung und bestätigt, dass die Demontage der Pfeile die genannten Kreuzungen sicherer machen würden. Autos müssten in der Rotphase zwingend halten.

Der Fachausschuss kommt zur Abstimmung des Bürgerantrags und stimmt einvernehmlich für die Demontage der Grünpfeile an den besagten Verkehrspunkten.

¹ Der Bürgerantrag ist als **Anlage 1** diesem Protokoll angefügt.

TOP 2: Bürgerantrag: Erneuerung der Carl-Schurz-Straße zwischen Wachmannstraße und Georg-Gröning-Straße

Frau und Herr Dr. Bongartz stellen den Antrag vor.² Der genannte Straßenabschnitt der Carl-Schurz-Straße sei in einem desolaten Zustand. Spurrillen und Senken im Straßenverlauf stellten eine Gefährdung für Fahrradfahrer*innen dar. Dies habe zur Konsequenz, dass viele Fahrradfahrer*innen auf den sehr schmalen Fußweg auswichen. Durch die nahe gelegene Schule werde die Situation verschärft, weil viele Schüler*innen den Straßenabschnitt auf ihrem Schulweg passieren müssten. Es sei daher dringend angezeigt, im Interesse von Radfahrer*innen und Fußgänger*innen, den Straßenbelag der Carl-Schurz-Straße im genannten Straßenabschnitt zu sanieren.

Frau Auras erklärt, dass das Thema bereits mehrfach im Fachausschuss beraten worden sei und entsprechend Beschlüsse gefasst worden seien. Zuletzt habe der Fachausschuss das Thema im November 2019 beraten und den Beschluss gefasst, an seinen Antrag vom 23.02.2017 im Rahmen der Mitwirkung an der Haushaltsaufstellung 2018/ 2019 zu erinnern – in dem er die Einstellung der erforderlichen Finanzmittel zur Sanierung der Carl-Schurz-Straße zwischen Wachmannstraße und Georg-Gröning-Straße beantragt hatte – und um Berücksichtigung im Rahmen der Haushaltsberatungen 2020/ 2021 zu bitten.³ Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Stadtentwicklung (SKUMS) habe daraufhin geantwortet, dass eine Finanzierung derzeit auch für den Haushalt 2020/ 2021 noch nicht absehbar sei.⁴ Zudem hätten sich Bürger*innen mit einer entsprechenden Petition an die Bremische Bürgerschaft gewandt, woraufhin eine Ortsterminbesichtigung durch den Petitionsausschuss der Bremischen Bürgerschaft stattgefunden habe.⁵ Am 23.04.2021 habe die Bürgerschaftskanzlei in einer E-Mail mitgeteilt, dass sich der Petitionsausschuss in seiner Sitzung am 30.04.2021 mit der Petition befassen werde.

Der Fachausschuss stellt fest, dass der Zustand des Straßenabschnitts nicht annehmbar sei. Herr Dr. Linnertz schlägt vor, das Anliegen der Bürgerantragsstellenden gegenüber dem Petitionsausschuss zu unterstreichen und merkt an, dass möglicherweise über andere Wege Mittel für eine Sanierung akquiriert werden könnten, z. B. im Zuge der Einrichtung einer Fahrradstraße, bei der ein erneuerter Straßenbelag Voraussetzung sei. Herr Land regt an, im Rahmen des Stadtteilbudgets eine Kostenschätzung beim ASV für die Sanierung einzuholen. Herr Henschen berichtet von einem ähnlichen Fall in Findorff. Der Beirat Findorff habe einen aus Beiratsmitteln finanzierten Asphaltstreifen auf das Kopfsteinpflaster der, sich ebf. in einem desolaten Zustand befindlichen, Straße Plantage aufbringen lassen. Ein ähnliches Vorgehen sei auch in der Carl-Schurz-Straße denkbar, um die dortige Situation kurzfristig zu verbessern, wenngleich es sich ein Provisorium handeln würde. Herr Dr. Bongartz bedankt sich für das Annehmen des Themas, hält aber eine umfassende Sanierung für geeigneter. Herr Findeisen stimmt dem zu und befürchte, dass eine umfassende Sanierung dann zeitlich noch weiter nach hinten verschoben werde.

Der Fachausschuss kommt zu folgenden Abstimmungen:

1. Der Fachausschuss verständigt sich einstimmig darauf, das Bürgeranliegen gegenüber dem Petitionsausschuss zu unterstützen und diesen vor seiner Sitzung am 30.04.2021 darauf hinzuweisen.
2. Der Fachausschuss beantragt einstimmig die Einstellung der erforderlichen Finanzmittel zur Sanierung des öffentlichen Straßenraums der Carl-Schurz-Straße zwischen Wachmannstraße und Georg-Gröning-Straße im Rahmen seiner Mitwirkung an der Haushaltsaufstellung 2022/ 2023 gemäß § 32 Abs. 1 Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter.

² Der Bürgerantrag ist als **Anlage 2** diesem Protokoll angefügt.

³ Siehe [Protokoll Nr. 2](#) vom 05.11.2019.

⁴ Das vollständige Antwortschreiben ist zu finden unter [Haushaltsantrag Carl-Schurz-Straße](#).

⁵ Mehr Informationen finden Sie im [Protokoll Nr. 6](#) der Sitzung des Fachausschusses „Verkehr“ am 31.08.2020 und der dazugehörigen Anlagen unter [Diverse Anlagen zum Protokoll Nr. 6](#) (ab Seite 16).

3. Der Fachausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, das ASV aufzufordern, im Rahmen des Stadtteilbudgets eine Kostenschätzung zur Fahrbahnsanierung der Carl-Schurz-Straße inklusive der Nebenanlagen abzugeben.
4. Mit fünf Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme (CDU) stimmt der Fachausschuss mehrheitlich dafür, das ASV aufzufordern, im Rahmen des Stadtteilbudgets eine Kostenschätzung für das o.g. Provisorium abzugeben, inklusive einer Einschätzung, wie sinnvoll o.g. Provisorium wäre. Es wird kein einstimmiger Beschluss erreicht.

TOP 3: Radverkehrsführung in der H.-H.-Meier-Allee

Frau Auras erläutert den Sachstand⁶ und erinnert an die Fachausschusssitzung am 09.12.2020, in der sich der Fachausschuss einvernehmlich darauf verständigt habe, auf dem nächsten Jour fixe „Verkehr“ mit Polizei und ASV die Möglichkeiten zu erörtern, an den genannten Engstellen ein Überholverbot oder ein Halteverbot anzuordnen und einen Ortstermin durchzuführen, um zusammen mit dem ASV und der Verkehrsabteilung bei SKUMS Möglichkeiten einer veränderten Verkehrsführung im Zuge der anstehenden Baumaßnahmen der geplanten Fernwärmetrasse zu besprechen. Dies sei bei einem Ortstermin am 08.03.2021 erfolgt. Die von SKUMS eingebrachten Vorschläge zur Roteinfärbung der Fahrbahn an den Engstellen mit Anbringung von Fahrradpiktogrammen und der Ausweisung einer Fahrradstraße an den Engstellen seien vom ASV mit den Begründungen abgelehnt worden, dass 1. die Verkehrsregelungen für die Verkehrsteilnehmenden auf den ersten Blick erkennbar sein sollten und daher in einem Straßenverlauf nicht ein mehrfacher Wechsel von Fahrradstraße/ keine Fahrradstraße erfolgen sollte und 2. Rotmarkierungen sehr sparsam eingesetzt werden sollten, da diese ansonsten ihre Wirkung verlieren.⁷

Laut ASV wäre nach Fertigstellung der Fernwärmetrasse eine Rotmarkierung mit Fahrradpiktogrammen an der Haltestelle H.-H.-Meier-Allee (von der Wachmannstraße kommend) und der Beginn des Schutzstreifens hinter der Engstelle möglich. Des Weiteren könnten die Kurzzeitparkplätze vor der Post aufgehoben werden sowie der Schutzstreifen auf den heutigen Stellplätzen weitergeführt werden. Außerdem sei es kurzfristig möglich, das Verkehrszeichen 277.1 „Verbot des Überholens von einspurigen Fahrzeugen für mehrspurige Kraftfahrzeuge und Krafträder mit Beiwagen“ an den beiden Engstellen Haltestelle H.-H.-Meier-Allee und Post anzubringen. Die Kosten für jeweils zwei Verkehrszeichen (Verkehrszeichen 277.1. plus Aufhebungszeichen 281.1) würden insgesamt 1.600 € betragen, inkl. Folgekosten.

Der Fachausschuss diskutiert, ob eine Fahrradstraße nicht möglicherweise langfristig die bessere Lösung wäre. Das Aufstellen des Verkehrszeichens 277.1 könne nur ein Provisorium sein, weil sich mit dem Bau der Fernwärmetrasse die Situation absehbar verändern werde. Der Fachausschuss erkundigt sich, ob die Polizei an dieser Stelle dringenden Handlungsbedarf, etwa durch vermehrtes Unfallaufkommen, sehe. Herr Raschkewitz bestätigt das Fehlverhalten vieler Autofahrer*innen, ein erhöhtes Unfallaufkommen sei aber nicht zu verzeichnen. Herr Gonther befürwortet das Aufstellen des Verkehrszeichens ausdrücklich, da er die Strecke selbst täglich mit dem Fahrrad zurücklege und das Fehlverhalten der Autofahrer*innen bestätigen könne.

Der Fachausschuss stimmt mit einer Nein-Stimme (CDU) und fünf Ja-Stimmen mehrheitlich für das Aufstellen der besagten Verkehrszeichen, erreicht damit aber keinen einstimmigen Beschluss.

TOP 4: Stellungnahme zur Teilfortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans 2025

Der Bremer Senat habe im November 2019 beschlossen, den 2014 beschlossenen Verkehrsentwicklungsplan für die Teilbereiche „Autofreie Innenstadt“, „Parken in Quartieren“, „ÖPNV-Strategie“ und „Stadt-Regionales Verkehrskonzept fortzuschreiben. Die Fortschreibung erfolge in drei Phasen: a) Analyse, b) Maßnahmen und c) Umsetzungskonzept. Zu dem Bericht

⁶ Es habe zwei Bürgeranträge gegeben, die sich insbesondere darauf bezögen, dass Kfz beim Überholen vielfach den nötigen Abstand von 1,50 m unterschritten hätten (siehe [Protokoll Nr. 8](#) und [Bürgerantrag Fahrradstraße H.-H.-Meier-Allee](#) sowie [Protokoll Nr. 5](#) und [Bürgerantrag H.-H.-Meier-Allee](#)).

⁷ Nähere Informationen zur Rotmarkierung finden sich in der Deputationsvorlage unter [VL 20/3404](#).

zur Analyse-Phase habe der Beirat im letzten Sommer Stellungnahme abgegeben.⁸ Frau Auras erläutert weiter, dass am 30.03.2021 ein Berichtsentwurf zu den Maßnahmen und Handlungskonzept eingegangen sei. Heute habe der Beirat die Möglichkeit, eine Stellungnahme zum Berichtsentwurf „Maßnahmen und Handlungskonzept“ abzugeben.

Herr Henschen stellt den gemeinsamen Entwurf einer Stellungnahme der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vor.⁹ Herr Linnertz betont, dass er dem VEP nicht in allen Punkten zustimme.

Anschließend stimmt der Fachausschuss einstimmig dafür, die Stellungnahme an SKUMS zu übermitteln.

Top 5: Verschiedenes

Anhörung Emmastraße¹⁰

Der Fachausschuss stimmt zu.

Anhörung Hollerallee¹¹

Der Fachausschuss stimmt zu.

Anhörung Orleanstraße¹²

Der Fachausschuss hat keine Einwände gegen die genannte Maßnahme. Er verständigt sich jedoch einstimmig auf die Anforderung einer Bedarfsanalyse durch das ASV vor der Installation.

Anhörung Riensberger Straße¹³

Der Fachausschuss stimmt zu.

Antwort von SKUMS auf den Beschluss zum Parken in der Senator-Fritze-Straße, Bürgermeister-Schoene-Straße und im Hauptmann-Böse-Weg

Frau Auras berichtet, dass die Antwort von SKUMS auf den Beschluss zum Bürgerantrag vom 21.01.2021 vorliege: Demnach könne keine Anordnung von aufgesetztem Parken erfolgen, da nicht die erforderliche Restgehwegbreite von 2,50 Meter und keine ausreichenden Straßenraumbreiten gegeben sind.¹⁴ Der Vorschlag von Herrn Linnertz, bei SKUMS anzufragen, ob dies auch für eine bestehende Gehwegbreite von 1,50 Metern gelte bzw. wie es sich verhalte, wenn eine Restgehwegbreite von 1,50 Meter bestehen bliebe – da der Gehweg de facto bereits unter 2,50 Meter beträgt – wird mehrheitlich abgelehnt.

Kostenschätzung vom ASV (Stadtteilbudget) zur Verbesserung der Parksituation in der Wätjenstraße zwischen Emmastraße und Schwachhauser Ring

Frau Auras erinnert an den Bürgerantrag, der vor allem darauf abziele, den Grünstreifen stadteinwärts abzapollern. Das Anbringen von Pollern im Grünstreifen würde ca. 15.000 € kosten.¹⁵

Alternativ bestünde die Möglichkeit der Aufhebung der beidseitigen Radwege und Freigabe der Radwege zum Parken. Die benötigten Verkehrszeichen würden 2.400 € kosten. Fraglich sei hier, an welchen Stellen sich der Grünstreifen unter Einbezug des ehemaligen Radwegs als Baumstandort umgestalten ließe. Eine Kostenschätzung liege noch nicht vor.

Der Fachausschuss verständigt sich darauf, das Thema als eigenen Tagesordnungspunkt auf der nächsten Fachausschusssitzung zu beraten.

Beiratsbeschluss: Entwicklung eines Fahrradmodellquartiers für das Gete-Viertel (ggfs. stadtteilübergreifend vom Gete-Viertel bis zur Bismarckstraße)

⁸ Vgl. [Protokoll Nr. 6](#).

⁹ Der Antrag ist dem Protokoll als **Anlage 3** angefügt.

¹⁰ Die Anhörung ist als **Anlage 4** diesem Protokoll angefügt.

¹¹ Die Anhörung ist als **Anlage 5** diesem Protokoll angefügt.

¹² Die Anhörung ist als **Anlage 6** diesem Protokoll angefügt.

¹³ Die Anhörung ist als **Anlagen 7a und 7b** diesem Protokoll angefügt.

¹⁴ Das ausführliche Antwortschreiben ist als **Anlage 8** diesem Protokoll angefügt.

¹⁵ Siehe [Protokoll Nr. 9](#) und Anlage 2 Bürgerantrag Wätjenstraße der Fachausschusssitzung „Verkehr“ am 21.01.2021.

Frau Auras erinnert an den mehrheitlichen Beiratsbeschluss der Beiratssitzung am 25.03.2021 zum Thema.¹⁶ Der Vorschlag für ein stadtteilübergreifendes Fahrradmodellquartier vom Gete-Viertel bis zur Bismarckstraße sei vom Beirat Östliche Vorstadt auf seiner Fachausschusssitzung am 15.04.2021 diskutiert worden. Er nehme wie folgt Stellung:

„Der Beirat Östliche Vorstadt begrüßt das Projekt steht der Idee der Ausweitung bis zur Bismarckstraße prinzipiell aufgeschlossen gegenüber. Leider gibt es derzeit im Beirat und im Ortsamt weder zeitlich noch strukturell Kapazitäten für eine diesbezügliche Planung und die in der Folge erforderliche umfangreiche Bürger*innen-Beteiligung.

Der Beirat Östliche Vorstadt ist aktuell derzeit noch mit 2 Großprojekten (Einführung Bewohnerparken im Fesenfeld und Verkehrsversuch Humboldtstraße) beschäftigt. Ein weiteres Großprojekt zur Planung von „Autofreien Samstagen“ im Straßenzug Ostertor / Steintor befindet sich in der längerfristigen Planung für die Zeit, wenn die pandemiebedingten Einschränkungen aufgehoben werden können. Ein weiteres Großprojekt kann daher in der näheren Zukunft nicht bearbeitet werden.“

Geschwindigkeitsmesstafeln

Frau Auras teilt mit, dass die beiden Geschwindigkeitsmesstafeln in die Kirchbachstraße versetzt worden seien: Zum einen in die Nähe der Ostpreußischen Straße in Fahrtrichtung Kurfürstenallee und zum anderen in den Kreuzungsbereich in Fahrtrichtung Bismarckstraße.

Mitteilung von SKUMS zum Konzept „Parken in Quartieren“

Frau Auras weist darauf hin, dass SKUMS mitgeteilt habe, dass die stadtbremische Bürgerschaft im November 2020 beschlossen habe, „innerhalb von zwölf Monaten unter Beteiligung der örtlichen Beiräte und damit der Wohnbevölkerung und auf Beschluss der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung und der Deputation für Inneres ein Konzept [zum Parken in Quartieren] zu erstellen und der Stadtbürgerschaft vorzulegen.“ Das Konzept werde derzeit im Rahmen der Teilfortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans erarbeitet. Hierzu seien die Beiräte der innenstadtnahen Stadteile am 12.05.2021 eingeladen, sich über den Stand zu informieren und mit SKUMS auszutauschen.

Neuer Termin: Mittwoch, 22.06.2021, 18:30 Uhr.

Stv. Sprecher

Vorsitz

Protokoll

Land

Auras

Wunsch-Lautebach

¹⁶ Vgl. [Protokoll Nr. 15](#) und [Antrag GRÜNE+SPD+LINKE zum Fahrradquartier Gete-Viertel](#).